

- Es gilt das gesprochene Wort -

## "Die Energiewende geht nur mit der Bevölkerung – und nicht gegen sie!"

### Anrede

Wir stimmen also alle überein, dass Schleswig-Holstein eine **Schlüsselfunktion** bei der Energiewende in Deutschland einnimmt. Auch der neuen Landesregierung scheint dies durchaus klar zu sein: Sowohl im **Wahlkampf** der nun an der Regierung beteiligten Parteien als auch im **Koalitionsvertrag** nahm diese Thematik eine zentrale Position ein. „**Energiewendeminister**“ – das ist ein anspruchsvoller Titel, der weckt hohe Erwartungen, nicht nur hier im Haus, sondern im ganzen Land.

In Schleswig-Holstein bestehen jedoch auch **Bedenken** gegen die Energiewende. Die Piratenfraktion ist überzeugt, dass eine deutliche Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger sie will – viele aber nicht unbedingt direkt vor ihrer Tür: Ein erfolgreiches Konzept für die Energiewende muss auf **Einbindung und Beteiligung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger** setzen, um nicht diffuse Ängste oder persönlich begründete Vorurteile zu befördern, sondern vielmehr eine nachhaltige Akzeptanz für die Notwendigkeit konkreter Maßnahmen in den Gemeinden zu schaffen. Dafür braucht es aber auch die **Bereitschaft der politisch Handelnden**, eben diese Notwendigkeit, einzelne Maßnahmen immer und immer wieder kritisch zu überprüfen und gemeinsam mit den Betroffenen vor Ort in die **Gesamtentwicklung** einzuordnen. Nur so kann eine nachhaltige Energiewende gelingen. Dies war sicherlich auch den Autorinnen und Autoren des Koalitionsvertrags bewusst, als sie schrieben:

*„Die Energiewende beschreibt eine zentrale politische Herausforderung der kommenden Jahre. Sie geht alle an: Die Menschen vor Ort, die Wirtschaft, Kommunen, Land, Bund und Europa.“* (Koalitionsvertrag, S. 7)

Wir begrüßen den Anspruch, die **Fehler der Vorgängerregierung** nicht wiederholen zu wollen. Der im vergangenen Jahr vom Verein *Mehr Demokratie* vorgelegte **Bürgerbegehrensbericht** 1990-2010 zeigt deutlich, wie vor allem in den letzten Berichtsjahren 2009 und 2010 die **Proteste der Bürgerinnen und Bürger gegen den Bau von Windkraftanlagen** in den Gemeinden extrem stark zugenommen haben. So werden immer wieder durch **Bürgerentscheide** konkrete Bauvorhaben blockiert.<sup>1</sup>

Laut aktuelleren Zahlen nahm diese Tendenz auch in den folgenden Jahren weiter zu. Der Eindruck einer **"Wende von oben gegen unten"** ist also bereits entstanden und darf unter der neuen Landesregierung auf keinen Fall bestärkt werden, wenn die Energiewende erfolgreich sein soll. **Allen muss klar sein:** Damit die Energiewende gelingt, muss ein **neues Bewusstsein** geschaffen werden. Und zwar nicht nur auf Seiten der **Bevölkerung – denn die ist bereits höchst sensibilisiert** und kennt die Vorteile der Energiewende genau. Das neue Bewusstsein muss sich **vielmehr auch auf Seiten der Planer durchsetzen!**

Wir hoffen es ist allgemeiner Konsens, dass die Lösung des Energieproblems zunächst eher im **Minderverbrauch statt im Ausbau der Energieerzeugung** liegt.

Deshalb bedarf es aus unserer Sicht dringend eines Konzepts der Landesregierung zur breiten Einbindung der Bevölkerung in die Energiewende, eines **Konzeptes**, das nicht nur die Durchsetzung des Baus von Anlagen und Trassen, sondern auch eine **umfassende Information und Einbindung der Bevölkerung** vorsieht. Auch dafür waren im Koalitionsvertrag bereits wesentliche Weichenstellungen formuliert worden:

*„In einer modernen Demokratie sind Transparenz und Zugang zu Informationen notwendige Voraussetzungen für Teilhabe und Mitbestimmung. Wir wollen, dass die Menschen gut informiert sind und die Möglichkeit haben, sich aktiv an politischen Prozessen zu beteiligen. Wir werden Transparenz schaffen und für einen echten Wandel des Dialogs zwischen Bürgerschaft, Politik und Verwaltung auf allen Ebenen eintreten.“* (Koalitionsvertrag, S. 57)

---

<sup>1</sup> Vgl. Bürgerbegehrensbericht für Schleswig-Holstein 2010 des Vereins Mehr Demokratie, abrufbar unter <http://sh.mehr-demokratie.de/6791.html> (Stand: 20. August 2012).

Bislang ist hiervon aber im Bereich der Energiewende **nichts zu spüren**. Im Gegenteil. Bei dem Gespräch zwischen Minister Habeck und der Piratenfraktion wurden wichtige Informationen (wie z.B. der Altmaier-Rösler Plan) verschwiegen, und auf den Vorschlag, auf der **Website des MELUR** sämtliche bisher zugänglichen Planungsdaten und Beschlüsse (auf EU, Bundes- und Landesebene) nachvollziehbar zusammenzustellen und zu veröffentlichen, verwies der Minister lediglich auf die Website des ausführenden Energiekonzerns **Tennet**. Das klingt schon skurril, dieser Verweis auf Tennet, wenn man an deren finanzielle Schwierigkeiten denkt, und weiß, dass ein Betreiber eines Nordsee-Windparks einen **Antrag auf Missbrauchsverfahren gegen Tennet** gestellt hat.

Herr Energiewende-Minister: Energiewende und Netzausbau stellen sich dem Bürger zur Zeit als grosses **Kuddelmuddel** dar. Die eine Hand weiss nicht, was die andere tut. Munter werden Windparks geplant, die Netzanschlüsse bleiben teilweise aus, und dann **verklagen sich die Beteiligten auch noch gegenseitig**. Zur Zeit werden Pläne für den Netzausbau **eilig festgeklopft**, ohne dass es darüber auch nur eine geschlossene Informationsmöglichkeit gibt. Ich fordere Sie auf, endlich **Nägel mit Köpfen** zu machen:

Dem Durcheinander durch **sachlich klare**, in den Ministerien zusammengestellte Daten und Informationen entgegenzutreten und dabei auch ins Detail zu gehen, so dass der Bürger Entscheidungen und die Wege dorthin dauerhaft nachvollziehen kann. Es ist an der Zeit, **das Planungswirrwarr zu beseitigen, indem eine landesbezogene Netzagentur für Kontrolle, Prüfung und notfalls Eingriff sorgt**. Und vor Allem: Es sind Instrumente zu schaffen, mit denen der **tatsächliche Bedarf an Stromleitungen oder anderen Einrichtungen** nachvollziehbar geprüft und der Einsatz dezentraler Versorgung ohne aufwendige und große Netze gefördert wird.

Es reicht bei Weitem nicht aus, Herr Minister, wenn Sie auf die Informationen auf der **Website von Tennet verweisen** – oder in der Sitzung des **Umweltausschusses** letzte Woche die Ausführungen zur Energiewende auf den Satz "das meiste kennen Sie ja aus den Medien" reduzieren. Und das eine Woche vor der heutigen Regierungserklärung und gut eine Woche vor dem **Gipfeltreffen zur Energiewende im Kanzleramt**. Akzeptanz in der Bevölkerung und der gesellschaftlicher Konsens zur Energiewende müssen geschaffen bzw. dürfen nicht verspielt werden. Dennoch setzen Sie offenbar eher auf

**Hinterzimmergespräche mit Bundesministern**, von denen wir ebenfalls nur über die Medien erfahren.

Gleich in der ersten Plenarsitzung des neuen Landtages haben Sie eine **entscheidende Tür für die Bürger verschlossen**. Ja, ausgerechnet Bündnis 90/Die GRÜNEN, die mit uns im letzten Jahr die Volksinitiative **"Für Mehr Demokratie in Schleswig-Holstein"** entwickelt hatten, haben schließlich dagegen gestimmt, die längst überfällige und gerade angesichts der Energiewende um so dringender nötige Reform kommunaler **Bürgerbegehren** durch Änderung der Gemeindeordnung herbeizuführen.

Ich frage Sie, ist das die "Transparenz und der Zugang zu Informationen", wie sie der Öffentlichkeit **im Wahlkampf und im Koalitionsvertrag versprochen** wurden?

Der leider abwesende Herr **Ministerpräsident** wurde von der **FAZ** vor kurzem zitiert, dass er eine schnelle Entscheidung über neue Stromleitungswege im Zuge der Energiewende fordere. Zugleich warnte Er vor zuviel Bürgerbeteiligung: ZITAT *"Die Politik muss die Bürger überzeugen. Bürgerbeteiligung heißt aber nicht, dass an jedem Ort genau das passiert, was die Bewohner dieses Ortes wollen, sondern dass die Argumente gehört werden und dass die Entscheidungsfindung nachvollziehbar ist. Eine Bürgerbeteiligung, bei der jeder an jeder Stelle Recht bekäme, würde zum Stillstand führen"*.

**Von diesem Stillstand sind wir aus Bürgersicht zur Zeit himmelweit entfernt.**

Stillstand gibt es derzeit nur durch die unkoordinierte Planung der Netzbetreiber und Stromlieferanten – und durch die Politik, die es versäumt, hier für Konfliktabbau zu sorgen. Fakt ist nämlich, dass Bürger und Initiativen weit über 1500 Stellungnahmen allein zum **Netzentwicklungsplan 2012** eingereicht haben. Berücksichtigt wurden sie jedoch offenbar nicht. Unter "Bürgerbeteiligung" verstehen wir etwas anderes!

Schauen wir uns doch einmal das **Geschehen im Lande an**: Bei den Planungen für eine Offshore-Stromtrasse entlang unserer Nordseeküste mehren sich die Bedenken in Bezug auf den Umgang mit den **Munitions Altlasten**. Der NABU weist auf die Gefahren für die Beschäftigten der beteiligten Firmen und für den empfindlichen Lebensraum Wattenmeer hin, die vom sorglosen Sprengen der Munitionsreste bedroht sind. Im **Kreis Dithmarschen** haben sich 15 Gemeinden zusammengeschlossen, um eine Resolution gegen die 380-kV Freileitung zu verfassen. In **Aukrug** gibt es ganz aktuell zunehmenden Widerstand gegen die Ausweisung von Eignungsflächen für einen Windpark, weil es sich hier um einen Naturpark handelt. Aus **Dagebüll** beschwerte sich jüngst eine Initiative bei allen Landtagsfraktionen mit dem Vorwurf intransparenter und ungesetzlicher Entscheidungen innerhalb der (alten) Landesregierung. Und diese Liste ließe sich wahrlich in die hunderte und tausende fortsetzen.

Mit der von uns unterstützten Reform kommunaler **Bürgerbegehren** auch zu **Bauleitplanung** hätten all diese Menschen mit ihren berechtigten Anliegen und Initiativen nicht nur eine Stimme gehabt, sich zu beschweren, sondern hätten sich bereits im Vorfeld konstruktiv einbringen können. Das haben Sie verhindert, in der ersten Sitzung im Mai verhindert – und wir warten immer noch auf die versprochene **Wiederauflage des Gesetzentwurfs** mit Ihren Änderungen.

Damit haben Sie einen aus unserer Sicht **grundsätzlich falschen Weg eingeschlagen**, der dem **Koalitionsvertrag** als verbindlicher Grundlage der Arbeit der Landesregierung grob widerspricht.

Das, verehrte Kollegen und Kolleginnen, ist leider nicht die neue Kultur der Beteiligung, von der hier alle sprechen, sondern das ist **Wählertäuschung**. Und aus Wählertäuschung entsteht **Politikverdrossenheit**. Daraus erwächst keine Transparenz, daraus erwächst keine konstruktiv aktive Bürgergesellschaft, sondern daraus erwachsen Gleichgültigkeit, schließlich Protest. **Protest gegen die eigentlich von allen gewollte Energiewende**.

Wir als Piratenfraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag fordern von der Landesregierung einen umgehenden **Kurswechsel** der derzeitigen Regierungspraxis zu den Versprechen des Koalitionsvertrags. Wir fordern echte Transparenz und Beteiligung, wir sagen: **Die Energiewende geht nur mit der Bevölkerung – und nicht gegen sie!**

Was in der bisherigen Debatte fehlt und bewußt ausgeblendet wird, ist die **soziale Komponente** der Energiewende, die wir stets bei unserer Politik sehr genau im Auge haben, wird das notwendige Handeln auch von den Betroffenen akzeptiert und getragen.

Erinnern Sie sich an die politischen Ankündigungen aus Berlin, als es um die sozialen Auswirkungen der **energetischen Gebäudesanierung** ging? Damals hieß es, diese Regelungen würden unter dem Strich für die Mieter zu dauerhaften Entlastungen führen. Heute wissen wir: **Das Gegenteil ist der Fall!** Fragen Sie doch mal beim Mieterverein nach. Und die FDP hebt das Mietrecht munter aus, um die entstandene Schieflage noch deutlicher im Sinn opulenter Gewinnspannen für Haus und Grundbesitzer zu verändern. So etwas werden wir Piraten bei der Energiewende im Interesse der Menschen in Schleswig-Holstein nicht zulassen. **Damit Wohnraum in Kiel auch morgen noch bezahlbar ist.**

Ein schönes plastisches Beispiel noch: Umweltminister **Altmaier** und **Wirtschaftsminister Rösler** haben die **Eckpunkte für ein Gesetz** vorgelegt, das Tennesse entlasten soll, indem es dem Netzbetreiber erlaubt, die **Haftungskosten für Störungen oder die verspätete Einrichtung von Anschlüssen auf die Stromkunden abzuwälzen**. Dies wurde von Staatssekretärin im MELUR, Frau Nestle, ausdrücklich begrüßt. Ich frage Sie, ob Sie allen Ernstes glauben, dass dies zu einer erhöhten Akzeptanz bei den Menschen führt?

Die Bürger sind konfrontiert mit steigenden **Lebenshaltungskosten**, sehen sich mit horrenden Benzin, Öl- und Gaspreisen konfrontiert – und überlegen sich, wie sie ihre Strom und Gasrechnungen noch bezahlen können. **Die Schere zwischen arm und reich geht mit rasanter Geschwindigkeit auseinander!** Laut einer Meldung vom 24.07.2012 (HNA.de) wurde rund **800.000 Haushalten in Deutschland** durch die Energieversorger Strom oder Gas abgestellt, weil Rechnungen nicht bezahlt wurden.

**Die einzig transparente Stromrechnung** erhält der Bürger von seinem Versorger. Und da fällt einmal mehr auf, dass der Staat mit einer Steuer- und Abgabenquote von etwa 46 Prozent der größte **Preistreiber und Umverteiler** ist.

Tatsache ist auch, dass die Erneuerbaren Energien schon seit Jahren dafür sorgen, dass die Preise an der **Energiebörse European Energy Exchange (EEX)** stetig fallen. Die Umlage für das Energieeinspeisegesetz (EEG) liegt bei **3,6 Cent je Kilowattstunde**. Seit der Einführung des EEG im Jahre 2000 sind die Preise für Privathaushalte jedoch um rund 12 Cent gestiegen. Wenn im Oktober die neuen Sätze für 2013 bekannt gegeben werden, könnten die Förderkosten für einen Haushalt mit einem Jahresverbrauch von 3500 Kilowattstunden um **weitere 50 Euro auf dann 175 Euro pro Jahr** steigen.

Wenn man andererseits berücksichtigt, dass in einem **Gutachten die Uni Regensburg** zu dem Ergebnis kommt, dass die **EEG-Umlage** analog zum früheren Kohlepfeffig zu betrachten ist, stellen sich Fragen ganz anderer Dimension. Denn dieser Kohlepfeffig ist aus **verfassungsrechtlichen** Gründen abgeschafft worden.

Also: Was wir Verbraucher wollen, ist keine **Koalitionslyrik**, sondern eine offene Diskussion über die brennenden Fragen:

- Warum kommen die deutlich gesunkenen Preise an der Strombörse nicht bei den Privatkunden an?
- Wie will die Politik hunderttausenden Mittelständlern und Millionen Bürgern die fortgesetzte Bevorzugung weniger Großverbraucher zu ihren Lasten erklären?
- Warum muss ich für das Windrad, das man mir vor die Nase setzt, auch noch bezahlen – und darf kein Wort dabei mitreden, wo es hingesezt wird?

Uns ist klar, dass die Energiewende nur ein Erfolg werden kann, wenn Bund und Land zusammen an einem Strang ziehen. Das kann aber nicht bedeuten, **in Hinterzimmern mit Altmaier und Rösler faule Kompromisse zu schließen**, sondern erfordert vor allem auch von den Parteien und Fraktionen der CDU und FDP eine Kurswende.

Insofern kann ich auch die Brandreden der Landtagskolleginnen und -kollegen von **FDP und CDU** hier nicht nachvollziehen. Der neuerliche Beschluss zum Ausstieg aus der Atomenergie ist 14 Monate alt. Sie haben eine zügige Umsetzung weder hier noch im Bund vorangetrieben. Und es ist Ihr Bundes-Wirtschaftsminister, der eine **Lockerung der europäischen Umweltstandards** durchsetzen will, um den Bau von Stromautobahnen zu beschleunigen.

Sehr verehrte Landesregierung: Das ist nicht die Politik, die Sie versprochen haben und von der Sie immer noch reden. Wir erwarten von Ihnen, dass sie Ihre **Versprechungen aus dem Wahlkampf und aus dem Koalitionspapier** aufgreifen und daran eine **umfassende Strategie zur Energiewende** entwickeln sowie zügig umsetzen, die

1. die Bevölkerung umfassend informiert und damit ein **neues Bewusstsein** für die umfassende Bedeutung der Energiewende auf allen Seiten fördert
2. die Bevölkerung über grundlegende demokratische Selbstbestimmungsrechte in die Entscheidungen einbezieht, um so **nachhaltige Akzeptanz** zu schaffen.

So und nur so kann die Energiewende zu einem echten **Erfolg für ganz Schleswig-Holstein** werden, und nicht nur zu einem weiteren **Schub für das Ego von Einzelpersonen**.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!